



78. Jahrgang / Juni 2005

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

INHALT

-
- | | |
|---|--|
| 30. <i>Kommunale Steuer auf die Abgabe alkoholhaltiger Getränke zum unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle</i> | 32. <i>Elektroaltgeräteverordnung (EAG-VO)</i> |
| 31. <i>Kompostieranlagen der Gemeinden oder sonstiger Gebietskörperschaften</i> | <i>Verbraucherpreisindex für April 2005 (vorläufiges Ergebnis)</i> |
-

30.

Kommunale Steuer auf die Abgabe alkoholhaltiger Getränke zum unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle

Der Gerichtshof der europäischen Gemeinschaften hat sich in seinem Urteil vom 10. März 2005 in der Rechtssache C-491/03 mit einer bis 2000 in der Stadt Frankfurt am Main erhobenen kommunalen Steuer auf die Abgabe alkoholhaltiger Getränke zum unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle auseinandergesetzt.

Die Anknüpfung der Getränkesteuer auf alkoholische Getränke an die bloße Lieferung alkoholischer Getränke ohne besondere Zielsetzung der erhobenen Steuer wurde seinerzeit als im Widerspruch zu Art. 3 Abs. 2 der zitierten Richtlinie erkannt (Punkt 2 zweiter Satz des Urteils des Gerichtshofes der europäischen Gemeinschaften vom 9. März 2000 in der Rechtssache C-437/97, wiedergegeben im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, 73. Jahrgang/April 2000).

Das Urteil des Gerichtshofes der europäischen Gemeinschaften vom 10. März 2005 in der Rechtssache C-491/03 ist auch für unsere Gemeinden von grundsätzlicher Bedeutung, da damit eine Besteuerung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit alkoholischen Getränken als im Einklang mit Art. 3 Abs. 3 der Richtlinie 92/12/EWG über das allgemeine System, den Besitz, die Beförderung und die Kontrolle verbrauchsteuerpflichtiger Waren anerkannt worden ist.

Das Entgelt ist die Bemessungsgrundlage für die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke. Während sich das Entgelt im Falle des Lebensmittel- und Getränkehandels in der Lieferung erschöpft, wird das Entgelt

im Falle der Gastronomie von der Dienstleistung bestimmt. Bei der Lieferung von alkoholischen Getränken in der Gastronomie steht nämlich die Dienstleistung im Vordergrund. In den Worten des Gerichtshofes der europäischen Gemeinschaften: „Die Abgabe alkoholischer Getränke im Rahmen einer Bewirtungstätigkeit ist durch ein Bündel von Elementen und Handlungen gekennzeichnet, von denen die Lieferung des Gegenstandes selbst nur einen Bestandteil darstellt und bei denen die Dienstleistungen überwiegen.“ Die Abgabe alkoholischer Getränke an Kunden im Rahmen einer Bewirtungstätigkeit geht erfahrungsgemäß mit einer Reihe von Dienstleistungen einher, die von der Zurverfügungstellung einer Infrastruktur, über die Beratung, die Bedienung und Darbietung der Getränke in einem geeigneten Gefäß bis zur Reinigung nach dem Verzehr reichen. Überall dort, wo die Bewirtung das Wesen der Leistung bestimmt und die Lieferung alkoholischer Getränke im Dienstleistungsbündel einer Bewirtung aufgeht (also beim Servieren alkoholischer Getränke z. B. in Restaurants, Bars, Cafes udgl.) steht die zitierte Richtlinie einer Getränkesteuer nicht entgegen. Angesehene Finanzrechtler haben daher aus dem Urteil den Schluss gezogen, die Getränkesteuer auf alkoholische Getränke in der Gastronomie sei als gemeinschaftsrechtskonform anzusehen (siehe Beiser – Zorn, Die Gemeinschaftsrechtskonformität der Getränkesteuer in der Gastronomie, SWK-Heft 12/20. April 2005, Seite 578).

Der Gerichtshof der europäischen Gemeinschaften hat in seinem Urteil ausgeführt:

Entscheidungsgründe

1. Das Vorabentscheidungsersuchen betrifft die Auslegung von Art. 3 Abs. 2 und 3 der Richtlinie 92/12/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 über das allgemeine System, den Besitz, die Beförderung und die Kontrolle verbrauchsteuerpflichtiger Waren (ABl. L 76, S. 1).

2. Dieses Ersuchen ergeht im Rahmen eines Rechtsstreits des O. H., jetzt Insolvenzverwalter der Volkswirt Weinschänken GmbH, gegen die Stadt Frankfurt am Main, bei dem es um die Rechtmäßigkeit einer von der Stadt auf alkoholhaltige Getränke erhobenen Steuer geht.

Rechtlicher Rahmen, Gemeinschaftsregelung

3. Art. 1 Abs. 1 der Richtlinie 92/12 bestimmt:

Diese Richtlinie regelt die Verbrauchsteuern und die anderen indirekten Steuern, die unmittelbar oder mittelbar auf den Verbrauch von Waren erhoben werden, mit Ausnahme der Mehrwertsteuer und der von der Gemeinschaft festgelegten Abgaben.

4. Art. 3 der Richtlinie 92/12 lautet:

(1) Diese Richtlinie findet auf Gemeinschaftsebene Anwendung auf die folgenden in den einschlägigen Richtlinien definierten Waren:

- Mineralöle,
- Alkohol und alkoholische Getränke,
- Tabakwaren.

(2) Auf die im Abs. 1 genannten Waren können andere indirekte Steuern mit besonderer Zielsetzung erhoben werden, sofern diese Steuern die Besteuerungsgrundsätze der Verbrauchsteuern oder der Mehrwertsteuer in Bezug auf die Besteuerungsgrundlage sowie die Berechnung, die Steuerentstehung und die steuerliche Überwachung beachten.

(3) Die Mitgliedstaaten können Steuern auf andere als die im Abs. 1 genannten Waren einführen oder beibehalten, sofern diese Steuern im Handelsverkehr zwischen Mitgliedstaaten keine mit dem Grenzübertritt verbundenen Formalitäten nach sich ziehen. Unter der gleichen Voraussetzung ist es den Mitgliedstaaten ebenfalls weiterhin freigestellt, Steuern auf Dienstleistungen, auch im Zusammenhang mit verbrauchsteuerpflichtigen Waren, zu erheben, sofern es sich nicht um umsatzbezogene Steuern handelt.

Nationale Regelung

5. § 1 der Satzung über die Erhebung einer Getränkesteuer im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main vom

13. Dezember 1991 (Amtsblatt der Stadt Frankfurt am Main Nr. 52 vom 24. Dezember 1991) in der durch die Satzung vom 24. Mai 1996 (Amtsblatt der Stadt Frankfurt am Main Nr. 25 vom 18. Juni 1996) geänderten Fassung (im Folgenden: GetrStS) bestimmt: Die Stadt Frankfurt am Main erhebt eine Getränkesteuer.

6. § 2 der GetrStS sieht vor:

(1) Gegenstand der Steuer ist die entgeltliche Abgabe alkoholhaltiger Getränke mit Ausnahme des Apfelweins durch Unternehmer zum unmittelbaren Verzehr.

(2) Der Eigenverbrauch des Steuerschuldners an Getränken einschließlich der Abgabe an Betriebsangehörige gilt als entgeltliche Abgabe, soweit sein Wert 5 v. H. des Umsatzes dieser Getränke übersteigt.

(3) Als Abgabe zum unmittelbaren Verzehr gilt jede Abgabe zum Verzehr an Ort und Stelle.

7. Nach § 4 GetrStS beträgt die Steuer 10 v. H. des Verkaufspreises der im § 2 GetrStS genannten Getränke. Nach diesem § 4 ist außerdem Verkaufspreis ... der Preis, den der Endverbraucher tatsächlich zahlt, ausschließlich der Getränkesteuer.

8. § 5 GetrStS bestimmt:

(1) Steuerschuldner ist, wer als Unternehmer steuerbare Getränke zum unmittelbaren Verzehr entgeltlich abgibt.

(2) Die Steuerschuld entsteht mit der Abgabe des Getränks, im Falle des § 2 Abs. 2 mit dem Verbrauch.

9. Die GetrStS wurde mit Wirkung vom 1. Jänner 2000 aufgehoben (Amtsblatt der Stadt Frankfurt am Main Nr. 17 vom 25. April 2000).

Ausgangsrechtsstreit und Vorlagefragen

10. Die Volkswirt Weinschänken GmbH betrieb zur Zeit der Ereignisse des Ausgangsverfahrens eine Gaststätte im Gebiet der Stadt Frankfurt. Für das dritte Quartal 1995 ergab sich für sie nach der GetrStS eine Steuerschuld von DM (etwa Euro).

11. Da diese Steuer ihrer Ansicht nach u. a. gegen die Bestimmungen der Richtlinie 92/12 verstieß, erhob sie gegen den Steuerbescheid vom 7. November 1995 Klage beim Verwaltungsgericht Frankfurt am Main.

12. Das Verwaltungsgericht hob den Steuerbescheid mit Urteil vom 14. Mai 2002 auf.

13. Die Stadt Frankfurt legte gegen dieses Urteil Berufung zum Hessischen Verwaltungsgerichtshof ein. In dieser Instanz trug die Stadt vor, dass die GetrStS nicht die Lieferung von Gegenständen, sondern die Erbringung von Dienstleistungen besteuere. Die Mit-

gliedstaaten könnten aber nach Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/12 solche Steuern weiterhin erheben.

14. Unter diesen Umständen hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof beschlossen, das Verfahren auszusetzen und dem Gerichtshof folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorzulegen:

1. Eine kommunale Getränkesteuersatzung bestimmt als Gegenstand der Steuer die entgeltliche Abgabe alkoholhaltiger Getränke zum unmittelbaren Verzehr und als eine derartige Abgabe jede Abgabe zum Verzehr an Ort und Stelle. Handelt es sich bei dieser Steuer um eine andere indirekte Steuer auf verbrauchsteuerpflichtige Waren im Sinne von Art. 3 Abs. 1 und 2 der Richtlinie 92/12/EWG ... oder um eine Steuer auf Dienstleistungen im Zusammenhang mit verbrauchsteuerpflichtigen Waren im Sinne von Art. 3 Abs. 3 Satz 2 der Richtlinie 92/12/EWG?

2. Für den Fall, dass die zweite Alternative der Frage zu 1 bejaht wird: Bezieht sich die Tatbestandsvoraussetzung unter der gleichen Voraussetzung im Art. 3 Abs. 3 Satz 2 der Richtlinie 92/12/EWG auch bei der Besteuerung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit verbrauchsteuerpflichtigen Waren im Sinne von Art. 3 Abs. 1 der Richtlinie 92/12/EWG allein auf die im Art. 3 Abs. 3 Satz 1 dieser Richtlinie aufgeführte Bedingung sofern diese Steuern im Handelsverkehr zwischen Mitgliedstaaten keine mit dem Grenzübertritt verbundenen Formalitäten nach sich ziehen, oder muss in einem derartigen Fall auch die in Art. 3 Abs. 2 der Richtlinie vorgesehene besondere Zielsetzung der Besteuerung vorliegen?

Zur ersten Frage:

15. Mit seiner ersten Frage möchte das vorliegende Gericht wissen, ob es sich bei einer Steuer wie der mit der GetrStS eingeführten um eine andere indirekte Steuer auf verbrauchsteuerpflichtige Waren im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Richtlinie 92/12 oder um eine Steuer auf Dienstleistungen im Zusammenhang mit verbrauchsteuerpflichtigen Waren im Sinne von Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 2 dieser Richtlinie handelt.

16. Vorab ist darauf hinzuweisen, dass Art. 3 Abs. 2 der Richtlinie 92/12 strenge Voraussetzungen für die Erhebung der von den Mitgliedstaaten eingeführten indirekten Steuern auf verbrauchsteuerpflichtige Waren wie alkoholische Getränke aufstellt. Nach dieser Bestimmung müssen andere indirekte Steuern als Verbrauch-

steuern eine besondere Zielsetzung, d. h. andere als reine Haushaltszwecke, verfolgen (vgl. Urteile vom 24. Februar 2000 in der Rechtssache C434/97, Kommission/Frankreich, Slg. 2000, I-1129, Randnr. 19, und vom 9. März 2000 in der Rechtssache C-437/97, EKW und Wein & Co., Slg. 2000, I-1157, Randnr. 31), und sie haben außerdem die Besteuerungsgrundsätze der Verbrauchsteuern oder der Mehrwertsteuer in Bezug auf die Besteuerungsgrundlage sowie die Berechnung, die Steuerentstehung und die steuerliche Überwachung (zu) beachten.

17. Nach Art. 3 Abs. 3 der Richtlinie 92/12 ist es den Mitgliedstaaten weiterhin freigestellt, Steuern auf nicht verbrauchsteuerpflichtige Waren (Unterabsatz 1) oder auf Dienstleistungen, auch im Zusammenhang mit verbrauchsteuerpflichtigen Waren, ... sofern es sich nicht um umsatzbezogene Steuern handelt (Unterabsatz 2), einzuführen oder beizubehalten.

18. Zu der Frage, ob die mit der GetrStS eingeführte Steuer eine Steuer auf verbrauchsteuerpflichtige Waren im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Richtlinie 92/12 oder eine Steuer auf Dienstleistungen im Zusammenhang mit solchen Waren im Sinne von Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 2 ist, vertritt die Stadt Frankfurt die Auffassung, dass die erbrachten Dienstleistungen der überwiegende Bestandteil des aufgrund der GetrStS besteuerten Umsatzes seien. Für den Gastwirt spielten nämlich die Kosten des Getränkes als solches im Vergleich zu den mit dem Servieren des Getränkes verbundenen Dienstleistungskosten nur eine untergeordnete Rolle. Somit falle die Steuer in den Anwendungsbereich des Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/12.

19. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften weist darauf hin, dass bei der Frage, ob ein Vorgang eine Lieferung von Gegenständen oder eine Dienstleistung darstelle, sein prägender Schwerpunkt zu berücksichtigen sei. Sie bezieht sich dafür auf das Urteil vom 2. Mai 1996 in der Rechtssache C-231/94 (Faaborg-Gelting Linien, Slg. 1996, I2395, Randnrn. 12 bis 14). Beim Verkauf alkoholischer Getränke in Bars, Cafés und Restaurants sei der Anteil der vom Wirt erbrachten Dienstleistungen im Rahmen des gesamten gewerblichen Umsatzes weniger bedeutend. Diese Dienstleistungen beständen im Wesentlichen darin, dem Gast das Getränk im geeigneten Gefäß und in der angemessenen Form zu präsentieren. Anders als beim Verkauf von Speisen, deren Preis im Wesentlichen von den Kosten der Dienstleistung geprägt werde, stehe beim Getränkeverkauf der Einkaufspreis des Produktes im

Vordergrund. Nach Auffassung der Kommission stellt somit die aufgrund der GetrStS erhobene Steuer eine Steuer auf die Lieferung einer verbrauchssteuerpflichtigen Ware im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Richtlinie 92/12 dar (vgl. Urteil EKW und Wein & Co.).

20. Insoweit ist zunächst daran zu erinnern, dass nach § 2 GetrStS die entgeltliche Abgabe alkoholhaltiger Getränke zum unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle den Steuertatbestand darstellt. Anders als in der Rechtsache EKW und Wein & Co., in der das nationale Gericht dem Gerichtshof eine Frage nach der Auslegung von Art. 3 Abs. 2 und 3 der Richtlinie 92/12 im Zusammenhang mit einer Steuer auf die entgeltliche Lieferung von ... alkoholhaltigen Getränken (Urteil EKW und Wein & Co., Randnr. 18) vorgelegt hatte, erfasst der Steuertatbestand im Ausgangsverfahren nicht die bloße Lieferung solcher Getränke, sondern bezieht sich auf einen Umsatz, zu dem eine Dienstleistung gehört.

21. Um zu bestimmen, ob die mit der GetrStS erhobene Steuer verbrauchssteuerpflichtige Waren im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Richtlinie 92/12 oder eher die Dienstleistungen betrifft, die im Zusammenhang mit verbrauchssteuerpflichtigen Waren im Sinne von Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie erbracht werden, ist das überwiegende Element des besteuerten Umsatzes zu berücksichtigen (vgl. analog Urteil Faaborg-Gelting Linien, Randnrn. 12 bis 14).

22. Da die Vermarktung eines Gegenstands immer mit einer minimalen Dienstleistung, wie dem Darbieten der Waren in Regalen, dem Ausstellen einer Rechnung usw., verbunden ist, können bei der Beurteilung des Dienstleistungsanteils an der Gesamtheit eines komplexen Geschäftes, zu dem auch die Lieferung eines Gegenstands gehört, nur die Dienstleistungen berücksichtigt werden, die sich von denen unterscheiden, die notwendig mit der Vermarktung eines Gegenstands verbunden sind.

23. Auch wenn die aufgrund der GetrStS erhobene Steuer an den unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle und damit an ein dienstleistungsbezogenes Element anknüpft, das sich von den Vorgängen unterscheidet, die notwendig mit der Vermarktung alkoholhaltiger Getränke verbunden sind, so lässt sich doch nicht allgemein sagen, dass bei allen in den Anwendungsbereich dieser Steuer fallenden Vorgängen das Dienstleistungselement immer überwiegen wird.

24. Demnach ist für jeden besteuerten Umsatz festzustellen, welches das überwiegende Element ist.

25. Aus dem Vorlagebeschluss geht hervor, dass die Volkswirt Weinschänken GmbH eine Gaststätte betreibt, in der sie Speisen und Getränke serviert.

26. Die Abgabe alkoholhaltiger Getränke an Kunden im Rahmen einer Bewirtungstätigkeit geht mit einer Reihe von Dienstleistungen einher, die sich von den Vorgängen unterscheiden, die notwendig mit der Vermarktung solcher Waren verbunden sind. Es handelt sich um die Zurverfügungstellung einer Infrastruktur, die einen möblierten Speisesaal mit Nebenräumen (Garderobe, Toiletten usw.) umfasst, um die Beratung und Information der Kunden hinsichtlich der servierten Getränke, um die Darbietung der Getränke in einem geeigneten Gefäß, um die Bedienung bei Tisch und schließlich um das Abdecken der Tische und die Reinigung nach dem Verzehr (vgl. in diesem Sinne Urteil Faaborg-Gelting Linien, Randnr. 13).

27. Die Abgabe alkoholhaltiger Getränke im Rahmen einer Bewirtungstätigkeit ist durch ein Bündel von Elementen und Handlungen gekennzeichnet, von denen die Lieferung des Gegenstands selbst nur einen Bestandteil darstellt und bei denen die Dienstleistungen überwiegen.

28. Folglich ist eine Steuer, die in einem Fall wie dem des Ausgangsverfahrens auf die Abgabe alkoholhaltiger Getränke im Rahmen einer Bewirtungstätigkeit erhoben wird, als eine Steuer auf Dienstleistungen im Zusammenhang mit verbrauchssteuerpflichtigen Waren im Sinne von Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/12 anzusehen.

29. Schließlich ist festzustellen, dass es sich bei einer derartigen Steuer nicht um eine umsatzbezogene Steuer im Sinne der vorgenannten Bestimmung handelt, weil sie nur für eine bestimmte Warengruppe, nämlich alkoholhaltige Getränke, gilt (vgl. u. a. Urteile vom 3. März 1988 in der Rechtssache 252/86, Bergandi, Slg. 1988, 1343, Randnrn. 15 und 16, EKW und Wein & Co., Randnrn. 22 und 23, und vom 29. April 2004 in der Rechtssache C-308/01, GIL Insurance u. a., noch nicht in der amtlichen Sammlung veröffentlicht, Randnrn. 33 und 35).

30. Auf die erste Frage ist daher zu antworten, dass eine Steuer, die auf die entgeltliche Abgabe alkoholhaltiger Getränke zum unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle im Rahmen einer Bewirtungstätigkeit erhoben wird, als eine Steuer auf Dienstleistungen, die keine umsatzsteuerbezogene Steuer ist, im Zusammenhang mit verbrauchssteuerpflichtigen Waren im Sinne von Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/12 anzusehen ist.

Zur zweiten Frage:

31. Mit seiner zweiten Frage möchte das vorlegende Gericht im Wesentlichen wissen, ob eine Steuer auf Dienstleistungen im Sinne von Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/12 von der Voraussetzung abhängt, dass sie eine besondere Zielsetzung im Sinne von Art. 3 Abs. 2 verfolgt.

32. Insoweit ist daran zu erinnern, dass die Mitgliedstaaten nach Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 1 der Richtlinie indirekte Steuern auf nicht verbrauchsteuerpflichtige Waren einführen oder beibehalten können, sofern diese Steuern im Handelsverkehr zwischen Mitgliedstaaten keine mit dem Grenzübertritt verbundenen Formalitäten nach sich ziehen. Nach Unterabsatz 2 ist es den Mitgliedstaaten unter der gleichen Voraussetzung ebenfalls weiterhin freigestellt, Steuern auf Dienstleistungen, auch im Zusammenhang mit verbrauchsteuerpflichtigen Waren, zu erheben, sofern es sich nicht um umsatzbezogene Steuern handelt.

33. Die Befugnis nach Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie ist nur von der im Unterabsatz 1 genannten Voraussetzung abhängig, nämlich dass diese Steuern im Handelsverkehr zwischen Mitgliedstaaten keine mit dem Grenzübertritt verbundenen Formalitäten nach sich ziehen. Die Richtlinie verlangt also nicht, dass die Steuern, die in den Anwendungsbereich ihres Art. 3 Abs. 3 fallen, die im Abs. 2 aufgestellte Voraussetzung erfüllen, nämlich dass sie eine besondere Zielsetzung verfolgen.

34. Auf die zweite Frage ist daher zu antworten, dass sich die gleiche Voraussetzung, von der die Steuern abhängig sind, die in den Anwendungsbereich des Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/12 fallen, nur auf die im Unterabsatz 1 genannte Voraussetzung bezieht, nämlich dass diese Steuern im Handelsverkehr zwischen Mitgliedstaaten keine mit dem Grenzübertritt verbundenen Formalitäten nach sich ziehen.

Tenor

Aus diesen Gründen hat der Gerichtshof (Erste Kammer) für Recht erkannt:

1. Eine Steuer, die auf die entgeltliche Abgabe alkoholhaltiger Getränke zum unmittelbaren Verzehr an Ort und Stelle im Rahmen einer Bewirtungstätigkeit erhoben wird, ist als eine Steuer auf Dienstleistungen, die keine umsatzbezogene Steuer ist, im Zusammenhang mit verbrauchsteuerpflichtigen Waren im Sinne von Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/12/EWG des Rates vom 25. Februar 1992 über das allgemeine System, den Besitz, die Beförderung und die Kontrolle verbrauchsteuerpflichtiger Waren anzusehen.

2. Die gleiche Voraussetzung, von der die Steuern abhängig sind, die in den Anwendungsbereich des Art. 3 Abs. 3 Unterabsatz 2 der Richtlinie 92/12 fallen, bezieht sich nur auf die im Unterabsatz 1 genannte Voraussetzung, nämlich dass diese Steuern im Handelsverkehr zwischen Mitgliedstaaten keine mit dem Grenzübertritt verbundenen Formalitäten nach sich ziehen.

31.

Kompostieranlagen von Gemeinden und sonstigen Gebietskörperschaften

1. Abfallbehandlung:

Das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 181/2004, definiert den Begriff Abfallbehandlung. Die Kompostierung und sonstige biologische Umwandlungsverfahren gelten als Abfallbehandlung.

2. Anlagenrecht:

Kompostier- und/oder Biogasanlagen gelten als ortsfeste Abfallbehandlungsanlagen. Die Errichtung, der Betrieb und die wesentliche Änderung solcher ortsfester Abfallbehandlungsanlagen bedarf grundsätzlich der Genehmigung der Abfallbehörde.

Kompostier- und/oder Biogasanlagen fallen allerdings dann in die Zuständigkeit der Gewerbebehörden, sofern sie gewerbsmäßig betrieben sind. Das Merkmal

der Gewerbsmäßigkeit ist bei den von Gebietskörperschaften, insbesondere von Gemeinden oder Gemeindeverbänden betriebenen Kompostier- und/oder Biogasanlagen **nicht** gegeben.

Die von Gemeinden und/oder Gemeindeverbänden betriebenen Kompostier- und/oder Biogasanlagen fallen daher ausschließlich in die Zuständigkeit der Abfallbehörde. Zuständige Abfallbehörde ist der Landeshauptmann von Tirol (zuständige Abteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung: Abteilung Umweltschutz).

3. Das abfallrechtliche Genehmigungsverfahren ist als **konzentriertes Genehmigungsverfahren** ausgestaltet. In diesen Verfahren sind die bautechnischen Bestimmungen des Bundeslandes Tirol anzuwenden. Eine baubehördliche Bewilligungspflicht **entfällt**.

Für von Gebietskörperschaften, insbesondere Gemeinden und Gemeindeverbänden betriebene Kompostier- und/oder Biogasanlagen ist daher ausschließlich die Abfallbehörde zuständig. Die Zuständigkeit des Bürgermeisters als Baubehörde hat das AWG 2002 **be-seitigt**. Allfällig erteilte baubehördliche Bewilligungen

für Kompostier- und/oder Biogasanlagen sind daher un-wirksam.

Auch die bautechnischen Belange hat die Abfallbe-hörde zu berücksichtigen und zu beurteilen.

Abteilung Umweltschutz
Zahl U-3436/733 vom 2. Mai 2005

32.

Elektroaltgeräteverordnung (EAG-VO)

1. Allgemeines:

Die Kundmachung der Elektroaltgeräteverordnung – EAG-VO erfolgte im BGBl. II Nr. 121/2005. Die wichtigsten Teile der EAG-VO treten am 13. August 2005 in Kraft.

Mit dem Ablauf des 12. August 2005 treten die Lam-penverordnung, BGBl. Nr. 144/1992, in der Fassung der Verordnung BGBl. II Nr. 440/2001, ausgenommen § 4, sowie die Verordnung über die Rücknahme von Kühl-geräten, BGBl. Nr. 408/1992, in der Fassung der Ver-ordnung BGBl. II Nr. 440/2001, außer Kraft.

2. Geltungsbereich:

Diese Verordnung gilt für Elektro- und Elektronik-geräte, die unter die im Anhang 1 genannten Geräte-kategorien fallen. Elektro- und Elektronikgeräte, die Teil eines anderen Gerätetyps sind, unterliegen nicht der EAG-VO.

Anhang 1 unterscheidet folgende Gerätekategorien:

- Haushaltsgroßgeräte
- Haushaltskleingeräte
- IT- und Telekommunikationsgeräte
- Geräte der Unterhaltungselektronik
- Beleuchtungskörper
- elektrische und elektronische Werkzeuge (mit Aus-nahme ortsfester industrieller Großwerkzeuge)
- Spielzeug und Sport- und Freizeitgeräte
- Medizinische Geräte (mit Ausnahme aller implan-tierten und infizierten Produkte)
- Überwachungs- und Kontrollinstrumente
- automatische Ausgabegeräte

3. Begriffsbestimmungen:

§ 3 EAG-VO definiert in 14 Ziffern verschiedene Be-griffe. Ausdrücklich hinzuweisen ist auf die Begriffe

- „Elektro- und Elektronikgeräte“ (Z. 1)
- „Wiederverwendung“ (Z. 3)
- „Behandlung“ (Z. 4)

- „Letztvertreiber“ (Z. 5)
- „Letztverbraucher“ (Z. 6) sowie
- „Sammelstellen“ (Z. 13)

Zu den Sammelstellen zählen insbesondere auch die von Gemeinden oder Gemeindeverbänden gemäß § 28a AWG 2002 eingerichteten Stellen, bei denen Elektro- und Elektronik-Altgeräte aus privaten Haushalten ab-gegeben werden können.

4. Rückgabe von Altgeräten (§ 5 EAG-VO):

Letztverbraucher können Elektro- und Elektronik-Altgeräte aus privaten Haushalten an folgenden Stellen zumindest unentgeltlich zurückgeben:

- Sammelstellen von Gemeinden oder Gemeindever-bänden gemäß § 28a AWG 2002,
- Sammelstellen der Hersteller von Elektro- und Elektronikgeräten für private Haushalte gemäß § 13a Abs. 1 AWG 2002,
- bei sonstigen Rückgabemöglichkeiten, welche Her-steller oder Sammel- und Verwertungssystem dafür einrichten sowie
- beim Letztvertreiber Zug um Zug (§ 5 EAG-VO)

5. Sammelstellen (§ 6 EAG-VO):

Die Sammlung und Bereitstellung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten hat in den Sammelstellen ge-trennt nach den im Anhang 3 genannten Sammel- und Behandlungskategorien zu erfolgen.

Diese lassen sich wie folgt gliedern:

Sammel- und Behandlungskategorie eines Abholbedarfs	Mengenschwelen in kg für die Meldung
Großgeräte	4.000 kg
Kühl- und Gefriergeräte	2.000 kg
Bildschirmgeräte einschl. Bildröhrengeräte	1.500 kg
Elektrokleingeräte	1.500 kg
Gasentladungslampen	500 kg

Als große Geräte werden Geräte angesehen, deren größte Kantenlänge größer oder gleich 50 cm ist, als kleine Geräte solche, deren größte Kantenlänge kleiner als 50 cm ist.

Im Übrigen regelt § 6 den Ablauf zwischen dem Betreiber der Sammelstelle und der Koordinationsstelle.

6. Sonstige Regelungen:

Hersteller:

Die Verpflichtungen der Hersteller von Elektro- und Elektronikgeräten enthalten insbesondere die § 7 bis einschließlich 15 EAG-VO.

Hersteller von Elektro- und Elektronikgeräten für private Haushalte haben eine Rücknahmeverpflichtung. Diese gilt sowohl für Elektro- und Elektronik-Altgeräte, die vor dem 13. August 2005 in Verkehr gesetzt wurden sowie für Elektro- und Elektronik-Altgeräte, die nach dem 12. August 2005 gesammelt werden.

Sie können sich dieser Verpflichtung durch Teilnahme an einem Sammel- und Verwertungssystem entledigen. Weiters haben Hersteller den Letztverbrauchern von Elektro- und Elektronikgeräten für private Haushalte folgende Informationen zugänglich zu machen:

- Sinn und Zweck der getrennten Sammlung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten und Nachteile der Beseitigung gemeinsam mit unsortierten Siedlungsabfällen,
- die zur Verfügung stehenden Rückgabe- und Sammelmöglichkeiten,
- die Sinnhaftigkeit der Wiederverwendung, der stofflichen Verwertung und anderer Formen der Verwertung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten,
- die potentiellen Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit, die durch das Vorhandensein von gefährlichen Stoffen in Elektro- und Elektronikgeräten bedingt sind

Sammel- und Verwertungssysteme:

Die näheren Regelungen treffen die §§ 16 bis 18 EAG-VO.

§ 20 Abs. 1 EAG-VO verpflichtet Sammel- und Verwertungssystem entsprechend ihrem Verpflichtungsanteil Elektro- und Elektronik-Altgeräte von Sammelstellen abzuholen, wenn ihnen die Koordinierungsstelle einen Abholbedarf von Elektro- und Elektronik-Altgeräten aus privaten Haushalten elektronisch im Wege des Registers weiterleitet.

Die Weiterleitung des Abholbedarfs hat folgende Angaben zu enthalten:

- GLN der Sammelstelle
- Sammel- und Behandlungskategorie
- geschätzte Masse und
- Anzahl, Art, Form und Größe des Sammelbehälters

Koordinierungsstelle:

Die Koordinierungsaufgaben gemäß § 13b Abs. 1 AWG 2002 nimmt als Koordinierungsstelle der Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft oder die von ihm betraute Rechtsperson wahr (§ 19 Abs. 1 EAG-VO).

§ 19 Abs. 2 EAG-VO definiert den Inhalt der Vereinbarungen mit den Sammel- und Verwertungssystem für Elektro- und Elektronikgeräte für private Haushalte.

Veröffentlichung der Hersteller, Sammelstellen und Behandler:

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft hat eine Liste

- der Hersteller für Elektro- und Elektronikgeräte für private Haushalte,
- der Sammelstellen und
- der Behandler von Elektro- und Elektronik-Altgeräten zu veröffentlichen (§ 22 EAG-VO).

Abteilung Umweltschutz
Zahl U-3951/47 vom 4. Mai 2005

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR APRIL 2005

(vorläufiges Ergebnis)

	März 2005 (endgültig)	April 2005 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	110,5	110,2
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	116,2	115,9
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	152,0	151,6
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	236,4	235,7
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	414,8	413,7
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	528,5	527,1
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	530,2	528,7

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat April 2005 beträgt 110,2 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber März 2005 (110,5 endgültige Zahl) um 0,3% rückläufig März 2005 gegenüber Februar 2005: + 0,5%). Gegenüber April 2004 ergibt sich eine Steigerung um 2,6% (März 2005/2004: +2,9%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck